

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/XXV/4

Bonn, den 8. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Trübe Geschäfte

48

Der internationale Waffenhandel

1a - 1b

Späte Erkenntnisse

60

CDU entdeckt Fehler der eigenen Verteidigungspolitik

Von Ludwig Nau

2 - 3

"Nur wer Glück hat, bleibt am Leben"

85

Das Unfallrettungswesen in Deutschland ist unzulänglich

Von Horst Seefeld, MdB

4 - 5

Die Bundesrepublik und Israel

67

Außenminister Eban will die Beziehungen zu Bonn verbessern

Von J.E. Palmon, Israel

Trübe Geschäfte

Der internationale Waffenhandel

sp - Es vergeht kaum ein Tag, an dem in der internationalen Presse nicht Meldungen erscheinen, die erkennen lassen, daß der internationale Waffenhandel zu einem der besten Geschäfte der Welt geworden ist. Zwar gibt es in diesem oder jenen Staat Bestimmungen, wonach die Ausfuhr von Waffen streng kontrolliert werden soll, aber immer wieder finden sich Zwischenhändler, mit deren Hilfe alle Verbotsbestimmungen umgangen werden können. Weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten, weder Großbritannien noch Frankreich sind hiervon ausgenommen. Auch die DDR und die Tschechoslowakei gehören zu den internationalen Waffenlieferanten. Bezieher der Waffenlieferungen sind in den meisten Fällen Staaten, in denen entweder ein Putsch vorbereitet wird oder die in offenem Krieg mit einem anderen Staat stehen. Die kämpfenden Parteien in Vietnam, im Nahen Osten, in Nigeria und in mehreren lateinamerikanischen Ländern unterscheiden sich hier wenig voneinander.

Dabei werden aber nicht nur Waffen verkauft, die im Herstellungsland nicht mehr gebraucht werden können; auch Waffen modernster Art werden an den Mann gebracht. Und das makaberste hierbei ist: Nicht selten werden Waffenkäufe sogar mit Geldern finanziert, die ursprünglich für die Entwicklungshilfe vorgesehen waren.

Während in den Staaten des Ostblocks die Gewinne an den Waffenverkäufen in Form von harten Devisen natürlich den Staatskassen zufließen, werden in den sogenannten kapitalistischen Ländern meist private Firmen durch den internationalen Waffenhandel in die Lage versetzt, gewaltige Gewinne zu erzielen; ganz zu schweigen von den Zwischenhändlern, die Waffenlieferungen, welche an sich verboten sind, zunächst an Scheinfirmen in neutralen Staaten liefern, um sie denn von dort aus an den vorgesehenen Bestimmungsort weiterzuverkaufen.

Gelegentlich wird in den Ostblockstaaten mit gespielter moralischer Entrüstung auf alle diese Vorgänge hingewiesen. Nur Unwissende können darauf hereinfallen. Tatsache ist, daß heute die Summe der aus den meisten kommunistisch regierten Staaten exportierten Waffen etwa 40 Prozent höher ist, als die Waffenlieferungen aus allen übrigen Staaten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat gut daran getan, alle Waffenlieferungen an Krisenherde strengstens zu verbieten und mit schweren Strafen zu belegen. Natürlich schließt das nicht aus, daß auch aus der Bundesrepublik gelegentlich kleinere Waffenexporte möglich sind. Ihre Organisatoren werden jedoch - falls man sie stellt - mit schweren Strafen belegt.

Im Übrigen aber müssen sich alle, die sich über die Kriege in Vietnam, im Nahen Osten oder an irgendeinem anderen Punkt der Welt aufregen, darüber im klaren sein, daß nur dann die Ruhe wiederhergestellt werden kann, wenn es mit Hilfe von internationalen Konventionen gelingt, ganz allgemein die Waffenlieferungen an die Krisenherde zu stoppen. Das wäre eine höchst dankenswerte Aufgabe für die Vereinten Nationen, deren Generalsekretär schon mehrfach versucht hat, eine für alle UNO-Mitglieder verbindliche Vereinbarung über den Stop von internationalen Waffenlieferungen zustandezubringen.

Späte Erkenntnisse

CDU entdeckt Fehler der eigenen Verteidigungspolitik

Von Ludwig Nau

Der Kampfwert unserer Bundeswehr scheint nach den jüngsten selbstkritischen Äußerungen offenbar zuständiger christdemokratischer Experten mit dem Begriff "bedingt abwehrbereit" noch schmeichelehaft umschrieben. Das jedenfalls ist der Eindruck, der sich nach einem intensiven Studium der in der letzten Zeit fast hemmungslos vorgebrachten Mängel der seit Bestehen unserer Streitkräfte Verantwortlichen Parteifreunde jener Minister ergibt, die den Aufbau und den heutigen Stand der Bundeswehr zu verantworten haben. Sowohl ausrüstungsmäßig, nach dem Ausbildungsstand, dem Personalbestand und der Kampfmoral scheint nicht viel mit dieser Armee los zu sein, wenn man das Lamento betrachtet, mit dem CDU-Abgeordnete für den 11. und 12. Januar die Einberufung ihres Arbeitskreises für Verteidigungsfragen nach Bonn betreiben. Von ihm erwarten wir denn auch ein hoffentlich lückenloses Bild all der Versäumnisse der 20 Jahre staatstragenden Union und ihrer die Richtlinien für den Aufbau der Bundeswehr verantwortenden Kanzler.

Dr. Egon Klepsch, MdB, jedenfalls hat im Deutschland Union Dienst angekündigt, daß die CDU/CSU in der Opposition alles tun wird, um unserer Verteidigungstreitmacht die Mittel und Möglichkeiten zu geben, ihren Auftrag zu erfüllen. Aber warum erst jetzt aus der Opposition das reparieren wollen, so dem man offenbar mit recht bescheidenen Erfolgen nahezu 20 Jahre herumgebastelt hat? Da müssen doch den Ministern Blank, Strauß, von Hassel und Schröder, die allesamt unter CDU-Kanzlern eben dieser Partei angehörten, massive Fehler unterlaufen sein, die selbst die christdemokratische Mehrheitsfraktion aller vergangenen Regierungen nicht zu beheben vermochten. Denn immer wieder haben wir es doch bis in die jüngsten Tage hinein gehört, diese Bundeswehr sei das Produkt weit-sichtiger CDU-Politik, die gegen eine heftige Opposition aufgebaut wurde.

Wenn es also stimmt, daß die Gesetzgebung lückenhaft ist und daher

das Einberufungsverfahren eine Wehrungerechtigkeit erbrachte, die sich verheerend auf die Kampfmoral der Truppe auswirkt, ist das die Schuld dieser Armee?

Wenn es also stimmt, daß die Besoldungs- und Laufbahnfragen vom Gesetzgeber und Dienstherren ungenügend geklärt wurden, so daß der Beruf des Soldaten wenig attraktiv ist in unserer heutigen Gesellschaft, ist das die Schuld unserer Armee?

Wenn es also stimmt, daß die Organisation unserer Streitkräfte nicht zeitgemäß ist und vieles zu wünschen übrig läßt, so daß im Ernstfall das kostspielig ausgebildete Reservistenpotential überhaupt nicht zum Zuge kommen wird, ist das die Schuld unserer Armee?

Wenn es also stimmt, daß Waffen und Geräte, mit denen unsere Soldaten jahrelang arbeiten mußten, nicht immer die Besten waren und teilweise aus Opportunitätsgründen beschafft wurden, wodurch der waffentechnische Einsatzwert der Bundeswehr oft fragwürdig wurde, ist das die Schuld unserer Armee?

Ganz sicher nicht. Die politische Führung, die diese Armee in diesem von ihren Vätern beklagten Zustand übernommen hat, muß sich mit den Fehlern ihrer Vorgänger auseinandersetzen. Mit Genugtuung hätte man eigentlich seitens der Christdemokraten festhalten müssen, daß die neue Führungsspitze auf der Hardthöhe geräuschos an die Arbeit ging und ihrerseits mit den erkannten übernommenen Mängeln nicht an die Öffentlichkeit ging. Dabei sollte man auch nicht übersehen, daß es Kreise außerhalb der SPD waren, die offenbar nach der Methode "Halte den Dieb" gegen den Wunsch Helmut Schmid das Problem der Inneren Führung hochspielten. Erfreulich, daß die CDU nun auch andere Mängel an der Bundeswehr entdeckt. Wir sind gespannt auf das Ergebnis ihrer Fachtagung am kommenden Sonntag und Montag.

+ + +

"Nur wer Glück hat, bleibt am Leben"

Das Unfallrettungswesen in Deutschland ist unzulänglich

Von Horst Seefeld, MdB

In der Illustrierten "Stern" prangerte kürzlich der Architekt Siegfried Steiger, dessen Sohn nach einem Autounfall durch das nicht rechtzeitige Eintreffen eines Krankenwagens auf dem Transport in ein Krankenhaus starb, die mangelnde Unterstützung des Unfallrettungswesens durch "den Staat" an. Nach Untersuchungen der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie könnten jährlich einige tausend Verkehrstote am Leben bleiben, wenn bessere Bedingungen zur Lebensrettung nach einem Verkehrsunfall in Deutschland gegeben wären. Architekt Steiger äußerte sich sehr drastisch: "Für den Tod dieser Menschen muß ich die Länder-Innenminister verantwortlich machen".

Herr Steiger steht mit seiner Kritik nicht allein. Der "NAC-Courier" stellte die Behauptung auf "Nur wer Glück hat, bleibt am Leben" und griff ebenfalls "den Staat" an: "Der Staat hat versagt, die Bürger müssen bluten". Der "DTC-motor tourist" kam zu der Überzeugung: "Im Unfallhilfswesen der Bundesrepublik gibt es so viele faule Stellen, daß es ein Skandal ist". Diese Liste von kritischen Anmerkungen ist leicht zu ergänzen. Die hier erwähnten Zitate sind beliebig herausgegriffen. Jede der vielen in der Bundesrepublik kompetenten Organisationen hat sich irgendwann - und manche oft - so oder ähnlich geäußert. Vorab gilt festzustellen: Vieles wird in Deutschland von Frauen und Männern in den verschiedensten Hilfsorganisationen ehrenamtlich und in selbstaufopfernder Weise zur Rettung von Menschenleben getan. Dafür gehört diesen freiwilligen Helfern der Dank aller.

Wer den Ruf nach "dem Staat" - und hier sicher mit Recht - ausstößt, sollte allerdings dabei auch bedenken, daß er selbst ein Teil dieses Staates ist und gewünschte Änderungen auch von ihm beeinflusst werden können. Vielleicht hat mancher von jenen auch vor Jahren selbst noch zu den Anhängern der antiquierten Einstellung "Keine Experimente" gehört. Ich unterstelle, daß auch bisherige Bundesregierungen das Problem gesehen und erkannt haben, nur haben sie nicht mit der erforderlichen Vehemenz nach Lösungen gesucht. Meiner Überzeugung nach wird die jetzige Bundesregierung an den Erfordernissen nicht vorbeigehen und zwischen Bund, Ländern, den freiwilligen Hilfsorganisationen, der Ärzteschaft und allen, die in irgendeiner Form zur Verminderung der Zahl der Verkehrstoten beitragen könnten, Wege einer engeren Zusammenarbeit finden.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 1969 wurde schon ein Versuch unternommen, die ganze Problematik und insbesondere die Kompetenz des Bundes zur Sprache zu bringen. Die Bundesregierung wurde um die Erhöhung des beim Bundesminister für Verkehr

etatisierten Postens "Fürsorgemaßnahmen - Erste Hilfe für Unfallverletzte im Straßenverkehr" ersucht. In dieser Position werden zur Zeit nur 300.000,- DM geführt und die sind nur als Ergänzung zu den Maßnahmen der Bundesländer für Modellversuche und bestimmte Entwicklungen ausgewiesen. Nach meiner Meinung sind die in Bonn zur Verfügung stehenden 300.000,- DM nicht nur viel zu wenig, sondern unfassbar im Vergleich zu den rund 16.000 bis 17.000 Menschen, die Jahr für Jahr auf unseren Straßen sterben. Doch die Schuld daran liegt nicht beim Bundesverkehrsminister. So mußte sich die von der Bundesregierung erteilte Antwort zunächst auf die gegebenen Zuständigkeiten berufen, denn für das Unfallrettungswesen sind nach dem Grundgesetz die Bundesländer kompetent. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß bei der Antwort folgerichtig auch der Satz kommen mußte: "Wird der Bundesminister für Verkehr die Bundesländer bitten, ihre Aktivität auf dem Gebiet des Unfallrettungswesens zu verstärken". Mehr Möglichkeiten hat er momentan leider nicht, der Bundesverkehrsminister.

Ist Bitten ausreichend? Viele sind längst zu der Überzeugung gekommen: Die Zuständigkeit für das gesamte Unfallhilfswesen gehört in der Bundesrepublik in eine Hand. Ich unterstütze diese Auffassung. Es darf nicht der Aktivität der Länder, bei denen einige auch jetzt schon mehr als andere tun, oder gar ihrer Finanzkraft oder ihrem Finanzierungswillen überlassen bleiben, was und ob etwas in Deutschland geschieht. Ich bin auch der Meinung, daß notfalls das Ändern des Grundgesetzes in Erwägung gezogen werden muß, wenn Hilfe - und zwar schnell - anders nicht geschaffen werden kann. Schließlich konnte bei der Schaffung von den Vätern des Grundgesetzes die damals unvorstellbare Motorisierungswelle mit allen ihren Auswirkungen nicht vorausgesehen werden. Auf die Frage, ob es zweckmäßig wäre, "wenn die Zuständigkeit in den Fragen des Unfallrettungswesens auf den Bund überginge?", wurde im Bundestag darauf hingewiesen, daß es sich um ein Verfassungsrechtsproblem handelt, das sich der Interpretation des Bundesministers für Verkehr entzieht. Diese Antwort ist richtig. Sie kann allerdings nur als eine Geste des Bundes gegenüber den Bundesländern gedeutet werden, zumal die Frage nach der Zweckmäßigkeit damit nicht beantwortet wurde.

Es ist deshalb notwendig, daß der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen im Deutschen Bundestag in einer nächsten Ausschusssitzung die Abhaltung eines öffentlichen Hearings aller am Unfallrettungswesen beteiligten Organisationen und Institutionen zur Erörterung stellt. Viele von denen könnten in einem Hearing ihre bisherigen Erfahrungen in der Öffentlichkeit vortragen. Diese Erfahrungen schreien nach schneller Abhilfe. Schnell, denn jeden Tag sterben weitere Menschen nach Unfällen auf Straßen in der Bundesrepublik Deutschland; Menschen, die nicht unbedingt sterben müßten, wenn mehr System in das deutsche Unfallrettungswesen gebracht werden könnte.

+ - +

Die Bundesrepublik und Israel

Außenminister Eban will die Beziehungen zu Bonn verbessern

Von J.E. Palmon, Israel

Für informierte Kreise war die Ankündigung eines Besuches des israelischen Außenministers in Bonn keine Überraschung. Der Außenminister hatte seit langem Besuche in Brüssel und Haag für Februar in seinem Plan. Außerdem hatte er vor, Paris zu besuchen, aber diese Visite ist nach der Affäre um die Raketen-Boote zumindest fraglich geworden. Der Korrespondent der SPD hatte Eban schon vor Wochen gefragt, ob er nicht auch eine Visite in Bonn beabsichtige. Er hatte damals ausweichend geantwortet und hatte nur bemerkt, eine Einladung nach der Hauptstadt der Bundesrepublik würde wohl keine Schwierigkeiten bereiten. Seine Zweifel in Bezug auf eine Bonn-Reise waren vor allem mit der möglichen Reaktion eines Teils der israelischen Öffentlichkeit verbunden. Immerhin ist es der erste Besuch eines israelischen Außenministers in der Bundesrepublik. Nachdem jedoch auch die Reise des bisherigen Generalsekretärs der Zentralgewerkschaft Histadrut Be'el glatt vor sich gegangen war, hatte wohl Außenminister Eban keine Bedenken mehr.

Zur Beschleunigung der Entscheidung haben auch Gerüchte beigetragen, daß die neue sozialdemokratisch geführte Regierung in gewisser Umfange ihre Beziehungen zu Israel "abkühlen" wolle. Diese Meldungen kamen von Journalisten, während der bisherige israelische Botschafter Ben Nathan bei seiner Rückkehr nach Israel solche Abkühlungs-Tendenzen entschieden bestritt. Daß die Bonner Regierung gute Beziehungen auch zu den arabischen Staaten unterhalten möchte, ficht niemand in Israel an. Jerusalem war immer der Meinung, daß Beziehungen nach allen Seiten angeknüpft werden sollten. Die Theorie des Boykotts und des Abbruchs der Verbindungen war stets aus den arabischen Hauptstädten gekommen.

Gespräche lassen sich am besten durch Augenschein widerlegen und der Besuch des israelischen Außenministers in Bonn wird in erster Linie dem Augenschein dienen. Die neue Regierung in Israel sieht sich großen finanziellen Schwierigkeiten gegenüber, die Devisenreserven schwinden, und ein Programm der Beschränkungen muß durchgeführt werden. Außenminister Eban will prüfen, ob und in welchem Umfange Israel auf

Wirtschaftshilfe und Kredite bei der Bewältigung neuer Entwicklungspläne rechnen kann.

In Bonn nimmt jetzt der neue Botschafter Israels Eljaschiw Ben Horin seine Arbeit auf. Er will sich besonders der Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern widmen. Ben Horin weiß, daß er es nach einer so starken Persönlichkeit wie Ascher Ben Nathan nicht leicht haben wird, aber aus Ausführungen in einem kleinen privaten Kreise in Tel Aviv ging hervor, daß der Botschafter - mit Kenntnissen gut ausgerüstet - realistisch an seine Aufgabe herangeht. Ben Horin, der aus Beuthen stammt, hat natürlich keine Sprachschwierigkeiten. Er wird sich der wirkungsvollen Verfechtung der Sache Israels auch an der "Außenfront" widmen können, denn er war bisher Leiter der Auslandspropaganda im israelischen Außenministerium und kennt die Probleme der Information und der Wirkung nach außen ganz genau.

1969 war für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik ein Rekordjahr. Der deutsche Export nach Israel war um 20 Prozent gestiegen, und Israel steht als Exportkunde Deutschlands in Asien an vierter Stelle nach Japan, Iran und Volkschina. Es ist ein weit größerer Abnehmer als die arabischen Staaten. Andererseits ist Deutschland heute der zweitgrößte Auslandskunde Israels, wenn auch die israelischen Lieferungen nach der Bundesrepublik sich nicht so schnell erhöht haben, wie die deutschen nach Israel. Überall in israelischen Fabriken stehen heute deutsche Maschinen. Für sie werden natürlich ständig Ersatzteile gebraucht und so wird eine kontinuierliche Verbindung gewährleistet.

Im Jahre 1969 wurde ein Flugverkehrs-Vertrag zwischen beiden Ländern geschlossen, jetzt steht ein Abkommen über Film-Koproduktion bevor. Außerdem gab es 1969 die ersten Ansätze deutscher Fabrik-Gründungen in Israel. In Israel ist man besonders an Lizenzverfahren interessiert. Die vielfältigen Verbindungen haben dazu geführt, daß der deutsche Handelsattachee, Botschaftsrat Diekmann, zu den populärsten Wirtschafts-Diplomaten gehört.

Der Besuch des Außenministers Eban kann zur Weiterführung der bisherigen Ansätze für enge Verbindungen viel beitragen; daher sieht man ihm in Israel mit berechtigter Spannung entgegen.